

Übergang Schule – Beruf OloV schafft Standards – die Regionen schaffen Qualität

Tagung am 21.02.2008
in der Jahrhunderthalle Höchst, Pfaffenwiese, 65929 Frankfurt am Main

Forum 1: Qualitätsstandards in der Berufsorientierung



Podiumsteilnehmer:

- Wolfgang Kreher, Hessisches Kultusministerium
- Christa Weidt-Klaes, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit
- Klaus Beier, Hessisches Kultusministerium
- Peter Braune, IHK Frankfurt am Main

Moderation:

- Ralph Kersten, INBAS GmbH

Ralph Kersten eröffnete das Forum mit dem Hinweis, dass OloV verschiedene Formen von Standards für die Berufsorientierung vorsieht – so genannte Allgemeine Qualitätsstandards, Hauptqualitätsstandards, Ergänzende Qualitätsstandards und Optionale Qualitätsstandards. Im Laufe der Diskussion sollten alle Qualitätsstandards angesprochen und der Umsetzungsstand betrachtet werden.

Benennung von Ansprechpartner/-innen für Berufsorientierung bei den Staatlichen Schulämtern sowie Schulkoordinatoren und Schulcurricula für Berufsorientierung

- Wie wichtig die verbindliche Benennung von Ansprechpartnern ist, betonte **Peter Braune**: „Die Praxis zeigt (...), wenn ein Betrieb in einer Schule anruft und sagt, ich hätte mal gern... und der Lehrer ist nicht da, dann ruft der nie wieder an.“ Deswegen sei es wichtig, Prozesse zu standardisieren und feste Kontaktpersonen zu haben. Um dies zu erreichen, müssten die Schulämter mit gutem Beispiel vorangehen, denn was in den Schulämtern getan oder nicht getan werde, setze sich in den Schulen fort.
- **Klaus Beier** nahm dazu umgehend Stellung und erläuterte, die Schulämter seien schon dabei, diesem Wunsch nachzukommen. Er und seine Kollegen informierten auf Veranstaltungen der staatlichen Schulämter immer wieder über OloV, gäben Anregungen und Hilfestellungen und versuchten, offene Fragen zu klären, um den Prozess weiter voranzutreiben. Herr Beier führte aus, dass die Benennung fester Ansprechpartner für die Berufsorientierung in den Schulen nicht nur für die Seite der Wirtschaft, sondern auch für Schüler und Schülerinnen sowie Eltern wichtig sei. Zu bedenken gab er jedoch, dass die Umsetzung des Qualitätsstandards eine Zeit dauern werde. Für die Koordination der Berufsorientierung müsse weitere Zeit investiert werden, die „freien Ressourcen“ in den Schulen seien jedoch mittlerweile weitgehend ausgeschöpft. Das Kultusministerium



Klaus Beier, Hessisches Kultusministerium

schaffe deswegen dafür jetzt Stellen.

Deutlich machte Herr Beier auch, dass es zwar einen Koordinator/ eine Koordinatorin für Berufsorientierung an jeder Schule geben solle, dass die Berufsorientierung insgesamt jedoch die Aufgabe aller Lehrer sei – und zwar der Lehrer für Arbeitslehre oder Deutsch ebenso wie die der Sport- oder Musiklehrer.

- **Christa Weidt-Klaes** betonte, dass feste Ansprechpartner in den Schulen auch für die Agentur für Arbeit wichtig seien.

Durchführung von Kompetenzfeststellungen und individuelle Förderung der Ausbildungsreife

- **Herr Kersten** schlug vor, sich im Rahmen der Diskussion zum einen auf die Frage nach der Finanzierung solch aufwändiger Analysen zu konzentrieren und zum anderen der Frage nachzugehen, wie solche Kompetenzfeststellungen durchgeführt werden können und wann sie durchgeführt werden sollten.
- Zunächst wies **Frau Weidt-Klaes** darauf hin, dass man sich hinsichtlich von Kompetenzfeststellungen bereits auf einem guten Weg befinde. Die Agentur für Arbeit habe im letzten Jahr begonnen, einen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen, und sehr viel Geld für die vertiefte Berufsorientierung – dazu zählen auch Kompetenzfeststellungen – zur Verfügung zu stellen. Maßnahmen könnten also gefördert werden, das Problem sei jedoch, dass diese Förderung bestimmten Bedingungen unterliege. So müssten beispielsweise 160 Stunden zum Teil in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden. Hinzu komme, dass für jede Maßnahme ein Gegen-/ oder Co-Finanzierer gebraucht werde. D. h., die Agentur für Arbeit kann Mittel nur dann bewilligen, wenn der Partner seinerseits bereit und in der Lage ist, 50 Prozent der Kosten zu tragen. Es könnten in ihren Augen deswegen viele Probleme gelöst werden, wenn auch außerhalb der Agentur für Arbeit Geldtöpfe geöffnet würden.
- Nach Auffassung von **Herrn Braune** müssen Kompetenzfeststellungen bei Schüler/-innen gar nicht so wissenschaftlich betrieben werden, wie dies häufig gefordert werde. Entscheidend sei vielmehr, dass es grundsätzlich verschiedene Blicke von außen auf den Schüler gebe: von Berufsberatern bei der Arbeitsagentur, von Personalern in Unternehmen und vom Lehrer, der den Schüler oft über Jahre kennt. Die Erkenntnisse/Einschätzungen der einzelnen Personen müssten dann unter bestimmten Gesichtspunkten zusammengefasst und dokumentiert werden. Dazu müsste seiner Meinung nach ein Modul entwickelt werden – nur so könne man sicherstellen, dass nicht jeder mache, was er will, und dass die entstandenen Kompetenzprofile am Ende vergleichbar seien.
- Auch **Frau Weidt-Klaes** betonte, dass es darum gehen müsse, Kompetenzfeststellungsverfahren zu implementieren, die beständig sind. „Das heißt, lieber eine Nummer kleiner und dafür dann langfristig bezahl- und durchführbar, als für zwei, drei Jahre, solange wir Geld haben, hochklassige Verfahren von Dritten sehr teuer durchführen lassen.“
- **Wolfgang Kreher** vom Hessischen Kultusministerium machte deutlich, dass auch ein besseres Zusammenwirken von allgemein- und berufsbildenden Schulen nötig sei – nur so könnten die Ausbildungschancen der Jugendlichen optimiert werden. Außerdem dürfe es im Rahmen der Berufsorientierung nicht ausschließlich um die Feststellung von Kompetenzen gehen, sondern es müsse auch um die Förde-



**Wolfgang Kreher, Hessisches Kultusministerium und
Christa Weidt-Klaes, Regionaldirektion Hessen der
Bundesagentur für Arbeit**

rung von Kompetenzen gehen. Hier sei vor allem wichtig, dass die jungen Leute die Praxis erleben.

- Die Praxis können Schülerinnen und Schüler im Rahmen von kontinuierlichen Praxistagen oder Blockpraktika kennenlernen. Hier muss die Schule nach Auffassung von **Herrn Beier** noch aktiver werden. Zum einen müssten alle Schulen kontinuierliche Praxistage einrichten, zum anderen sollten es die Schulen nicht allein den Schülern überlassen, sich um Praktikumsplätze zu bemühen. Vielmehr müsse die Schule hieran verstärkt mitwirken und sicherstellen, dass der Schüler einen Praktikumsplatz nicht nur auswählt, „weil Tante oder Onkel in dem Betrieb arbeiten oder er in dem Supermarkt schon immer seine Cola gekauft hat“. Stattdessen sollten die Schüler/-innen dort Praktikum machen, wo es den Beruf gebe, der ihre Kompetenzen und Interessen widerspiegelt.
- **Herr Kersten** schloss sich der Forderung von Herrn Kreher, auch individuell zu fördern, an und hob hervor, dass dies auch in den Qualitätsstandards formuliert sei. Dort werde gefordert, aus den Ergebnissen der Kompetenzfeststellung Rückschlüsse auf den Förderbedarf zu ziehen und Förderpläne zu erarbeiten. Er stellte fest, dass aus den Schulen als häufigste Rückmeldung die komme, dass man die Kompetenzen von Schülern ermittelt und entsprechende Förderpläne geschrieben habe, sich nun aber die Frage stelle, wo die entsprechenden Förderangebote seien, um die Pläne auch umzusetzen.
- An dieser Stelle schaltete sich **Herr Beier** vom Kultusministerium ein und gab zu, dass die Mittel, die zur Verfügung stünden, natürlich begrenzt seien. Er hob hervor, dass es deswegen darum gehen müsse, untereinander Informationen darüber auszutauschen, wie und wem zu helfen sei und damit Ressourcen zu bündeln.
- Was den Zeitpunkt des Beginns von Kompetenzfeststellung und Förderung betrifft, sprach sich **Herr Kersten** dafür aus, mit beidem so früh wie möglich zu beginnen. Dies sei vor allem wichtig, um nicht noch einmal zusätzlich Jugendliche scheitern zu lassen bzw. deren Perspektivlosigkeit zu verstärken. Parallel müsse man die „Archivierung“ einmal gesammelter Informationen im Bezug auf die Kompetenzen eines Schülers sicherstellen. Es müsse gewährleistet sein, dass diese Informationen nicht verloren gehen, wenn z. B. ein Schüler die Schule wechselt.
- Bedeutsam sei auch, so **Herr Braune**, jenen jungen Leuten Wege in die Arbeitswelt aufzuzeigen, von denen man bereits wisse, dass sie nie eine Ausbildung machen werden. Hier müssten in erster Linie die Lehrer informiert sein, damit sie Schülern, die die Schule verlassen möchten, Hinweise, beispielsweise auf Einstiegsqualifizierungen oder Berufsausbildungsvorbereitungsprogramme bei der Bundesagentur, geben können.



Peter Braune,
IHK Frankfurt am Main

- In diesem Kontext ist es in den Augen von **Herrn Kersten** auch wichtig, Jugendliche über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und neu entstandene Berufsbilder zu informieren. Bisher stünden bei der Berufswahl von Jugendlichen die immer gleichen traditionellen Ausbildungsberufe auf den Hitlisten ganz oben.
- Um all diese Ziele erreichen zu können, müssten Schulen nach Meinung von **Herrn Kreher** mehr Freiheiten bekommen, um jenseits der standardisierten Rahmenstundentafel einen Teil ihrer Ressourcen zur gezielten Förderung von Schülerinnen und Schülern einsetzen zu können. Nur so könne man beispielsweise andere Lerngruppen als die üblichen zusammenstellen und in diesen gezielt Rechen- oder Sozialkompetenz fördern.



Beide Foren erfreuten sich an einer hohen Teilnehmerzahl

Regionale Berufsorientierungs-Veranstaltungen

- Hier sah **Herr Kersten** in erster Linie die Betriebe und Kammern in der Pflicht.
- **Herr Braune** nahm den Ball umgehend auf und erläuterte, dass es in seinen Augen bereits zahlreiche Angebote dieser Art und darüber hinaus gebe. Es müsse deswegen vielmehr darum gehen, einmal aufzuschreiben, was es wo wann gibt.

Die Ergänzenden Qualitätsstandards für Berufsorientierung: Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich Berufsorientierung, Betriebspraktika, Bewerbungstrainings und Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungs-Prozess

- **Frau Weidt-Klaes** führte aus, dass es von Seiten der Agentur für Arbeit zahlreiche Angebote an die Lehrer gebe, sich bezüglich der Berufsberatung fortzubilden. Allerdings, und dies betonte **Herr Kersten**, sei es wichtig, Lehrer im Hinblick auf die Berufsorientierung nicht nur fortzubilden, sondern stattdessen die Berufsorientierung schon zum Bestandteil der Lehrerausbildung zu machen.
- **Herr Braune** erläuterte, dass hier von Seiten des Kultusministeriums bereits Bemühungen stattfinden. So gebe es zum Beispiel im Lehramtsstudium in Hessen das Wahlpflichtmodul Arbeitswelt. **Herr Beier** ergänzte das Beispiel Schule Wirtschaft.

- **Herrn Braune** selbst liegt der Qualitätsstandard sehr am Herzen, der die verstärkte Einbindung der Eltern in den Berufsorientierungsprozess ihrer Töchter und Söhne vorsieht. Die Eltern müsse man „dort erwischen, wo sie nicht mit uns rechnen. Also nicht am Elternabend, wo sie nicht hinkommen, sondern beim Zahnarzt, wo dann der Flyer aushängt, was eine Einstiegsqualifikation ist.“ In seinen Augen müssten hier kreative Ideen entwickelt werden. Die IHKs stünden für ein Brainstorming jederzeit zur Verfügung.
- Auch **Herr Kreher** betonte, dass die OloV-Qualitätsstandards nicht von den Schulen alleine verwirklicht werden können, sondern dass der Schlüssel zum Erfolg die Institutionalisierung regionaler Netzwerkstrukturen sei. In diese Netzwerke müssten Schulen genauso eingebunden sein wie auch die Arbeitsagenturen, die Betriebe und die Eltern.
- **Herr Beier** bat an dieser Stelle, das Augenmerk noch auf einen weiteren Aspekt zu lenken und einmal nicht die Seite des Schülers bei der Berufsorientierung zu betrachten, sondern die Position eines Unternehmens einzunehmen. In den letzten Jahren habe der Fachkräftemangel deutlich zugenommen. Wünschenswert sei es deswegen, im Rahmen von OloV auch anzustreben, dass Schulen Schwerpunkte ausbilden, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Gleichzeitig betonte er, dass es, wenn es um die Durchführung von Bewerbungstrainings gehe, keinen Sinn mache, Lehrkräfte zu schulen, weil es bessere Kompetenzen von außen gebe.

Jenseits der unmittelbaren OloV-Qualitätsstandards stellte **Herr Kersten** im Verlauf der Podiumsdiskussion die Frage nach der Berufsorientierung von Studienabbrechern in den Raum, die durch den Abbruch ihres Studiums dann eben auch keine Berufsqualifikation haben und als „Problemfälle“ auf dem Arbeitsmarkt auftauchen.

- **Herr Kreher** erläuterte in diesem Zusammenhang, dass diese Frage sich in Zukunft noch viel stärker stellen werde. Dann nämlich, wenn über die EU ein fließendes Kompetenzraster eingeführt werde. Dann gebe es Kenntnisstufen von Null bis Acht und Acht sei dann die Promotion. Wenn Stufe Drei das Abitur sei und der Bachelor Stufe Sechs, dann gebe es eben auch Stufen dazwischen, auf denen der junge Mensch verortet werden kann. Wichtig sei es deswegen in jedem Fall, zertifizierte Teilqualifikationen einzuführen.

Zum Abschluss der Diskussion bedankte sich **Herr Kersten** für die Beiträge und wünschte allen eine anregende Mittagspause.